

VORAN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

In dieser Ausgabe:

Chile
Seite 4 und 5

Sri Lanka
Seite 6

Nr. 66 — September/Oktober 1983
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

Jugendarbeitslosigkeit

GARANTIIERTE LEHR

STELLEN FÜR ALLE!

Ausbildung 'raus aus Unternehmerhand



„Bundeskanzler Kohl und ich suchen eine Lehrstelle.“

Solche Anzeigen konnte man seit März 1983 in größeren Tageszeitungen finden. Tatsächlich ist Helmut Kohl das Versprechen schuldig geblieben, für jeden „ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen“ Jugendlichen eine Lehrstelle zu schaffen. Im Gegenteil ging die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr noch zurück, während die Zahl der Bewerber anstieg.

So wurden dieses Jahr 655.000 Schulabgänger gezählt. Hinzu kommen noch die Schulabgänger von 1982, die seitdem vergeblich auf einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz warten. Bis Ende Juni waren bei der Bundesanstalt für Arbeit 543.000 Bewerber gemeldet, 18% mehr als im Vorjahr. Dem stehen 411.000 offene Ausbildungsstellen gegenüber, 6% weniger als 1982.

Es gibt also 132.000 Lehrstellen zu wenig, so daß selbst die von Kohl versprochenen 30.000 Lehr-

stellen nicht ausreichen, um die Jugendarbeitslosigkeit aufzufangen.

132.000 Lehrstellen zu wenig

Offensichtlich haben die Unternehmer wenig Vertrauen in den versprochenen Wirtschaftsaufschwung. Sie wissen, daß die Krise nicht so bald überwunden sein wird. Weil sie sich die Arbeiter als Kostenfaktor in Zukunft immer weniger leisten können, bilden sie erst gar keine Fachkräfte aus. Oder

wenn, dann nur um für zwei bis drei Jahre billige Arbeitskräfte zu haben, um sie dann entlassen und gegen neue aus der Reservearmee eintauschen zu können. Von insgesamt 59.114 arbeitslosen Jugendlichen waren 39.482 (66,8%) sechs Monate vor der Arbeitslosmeldung beschäftigt. Ein großer Teil dieser Jugendlichen ist nach der Berufsausbildung arbeitslos geworden.

Gewerkschaftliche Organisation nötig

Immerhin haben diese „Glücklichen“ jetzt eine Berufsausbildung, aber sie stehen trotzdem auf der Straße. Noch schlimmer ist die Lage für diejenigen, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden. Ohne jede öffentliche Unterstützung bleiben sie völlig abhängig vom Elternhaus. Denn es steht ihnen weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe zu.

Von der Kohlregierung können wir ebensowenig wie von den Unternehmern erwarten, daß sie diese Misere beenden. Für die arbeitslosen Jugendlichen müssen sich die Organisationen der Arbeitnehmer, SPD und DGB, einsetzen. Bevor die Jugendlichen aufgrund ihrer aussichtslosen Lage dem Alkohol verfallen oder rechten Gruppen in die Hände fallen, müssen DGB und SPD sie als Mitglieder gewinnen. **Daher müssen die Gewerkschaften für alle arbeitslosen Jugendlichen geöffnet werden!**

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann aber nur gewonnen werden, wenn er sich nicht nur auf die bisherigen Forderungen beschränkt.

Deshalb fordern wir:

- **Keine Entlassung** von Lehrlingen und Berufsanfängern!

- **35-Stunden-Woche** für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust! Gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!
- Der DGB soll eine **offensive Kampagne** starten, um alle arbeitslosen Jugendlichen als Mitglieder zu gewinnen!

Iris Cirkel, Remscheid
SPD- und ÖTV-Mitglied,
demnächst arbeitslos

Gewerkschafter fordern:

Rüstungsindustrie verstaatlichen

Die Raketenstationierung rückt näher. Der von vielen erwartete „heiße Herbst“ wird Mitte Oktober einen ersten Höhepunkt finden in der bundesweiten Aktionswoche mit Massendemonstrationen am 22. Oktober in Bonn, Stuttgart und Hamburg. Bis in die hintersten Winkel der Bundesrepublik beteiligen sich örtliche Friedensinitiativen an der Kampagne.

Aktive Gewerkschafter, die sich der Friedensbewegung zugehörig fühlen, werden es begrüßen, daß der DGB-Bundesvorstand immerhin offiziell zur Teilnahme an den Demonstrationen in Bonn und Stuttgart aufgerufen und schon mancher bekannte Gewerkschaftsführer auf Friedensdemon-

strationen gesprochen hat.

Das Hauptinteresse konzentriert sich auf Mittwoch, den 19. Oktober, den Tag der Betriebe und Arbeitnehmer im Rahmen der Friedenswoche. Der Kollege Franz Steinkühler, Stuttgarter IG Metall-Betriebsleiter, hat eine allgemeine 15-minütige Arbeitsniederlegung gegen die Stationierung am 19. Oktober gefordert. Die IG Druck und Papier will beim DGB-Bundesvorstand einen entsprechenden Antrag einbringen. Dies trifft die Stimmung vieler Mitglieder. Doch die meisten Spitzengewerkschafter haben sich bisher „bedeckt gehalten“ oder sogar Arbeitsniederlegungen anlässlich der Raketenstationierung klar abge-

lehnt. Mehr als zweideutig hat sich bisher leider auch die SPD-Spitze verhalten. Sie hat zwar auch zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgerufen, doch Willy Brandt will sich noch nicht auf ein klares „Nein“ zur Stationierung festlegen. Hans-Jochen Vogel fordert, daß vorher noch einmal im Deutschen Bundestag abgestimmt werden soll — wohl wissend, was da herauskommen würde!

Von den knapp acht Millionen DGB-Mitgliedern ist ein Drittel in der IG Metall organisiert, die gleichzeitig die größte Einzelgewerkschaft der Welt ist. Sie hält vom 9. bis 15. Oktober in München ihren 14. ordentlichen Gewerkschaftstag ab.

Helpt mit durch Eure Spenden

Wie Euch sicherlich bei dieser Ausgabe im Vergleich zu früheren aufgefallen ist, sieht die Zeitung jetzt wesentlich besser aus. Wir haben bei dieser Ausgabe bereits den neuen Fotosatzcomputer eingesetzt. Welche Möglichkeiten wir damit haben, seht ihr auf diesen Seiten — und damit sind sie noch längst nicht ausgeschöpft. Auch das Schriftbild ist jetzt leserlicher.

Die Sache hat nur noch einen winzigen Haken: das Gerät ist noch nicht bezahlt und befindet sich nur vorläufig in unserem Besitz. Bis zum 1. Oktober müssen wir die zweite Rate von rund 12.000,- DM aufbringen. Bisher sind 4.218,11 DM eingegangen, also ca. 1/3 der benötigten Summe. Allerdings war dies auch die Zeit der allgemeinen Sommerflaute.

Bitte helft mit, uns den Gang zu einem bürgerlichen Kreditinstitut zu ersparen. Findest Du VORAN unterstützenswert? Hast Du Deine Spende schon überwiesen? Könntest Du uns notfalls einen zinslosen Kredit gewähren, z.B. aus nicht sofort benötigten Ersparnissen?

Fortsetzung Seite 2

REAGAN-KOMMISSION

Ronald Reagan, seines Zeichens Millionär und daher geeignet, einem Kabinett aus Millionären vorzustehen, zeigte sich „verblüfft“ über die große Zahl der Armen in den USA. Sie ist seit 1982 um 2,6 Millionen auf 34,4 Millionen oder 15% der Bevölkerung gestiegen. Die Zahl der Empfänger von Lebensmittelkarten hat sich auf 22 Millionen US-Bürger erhöht, 40 Millionen Amerikaner können sich keine drei Mahlzeiten am Tag leisten.

Da regte sich doch das soziale Gewissen des Präsidenten. Weil ja die Ursachen für diese unhaltbaren Zustände nicht in seiner Politik des sozialen Kahlschlags einerseits und der milliardenschweren Aufrüstung andererseits oder gar in der kapitalistischen Krise liegen können, soll jetzt eine eigens eingerichtete Kommission dem Hunger in den USA auf die Spur kommen. Bis erste Ergebnisse vorliegen, soll sich Ronald Reagan — unbestätigten Gerüchten zufolge — verpflichtet haben, auf seine mit Vorliebe bei Kabinettsitzungen gelutschten „Jolly Beans“-Bonbons zu verzichten. Sie würden demnächst an die ärmsten der armen Kinder verteilt werden. Immerhin leben heute ein Viertel aller Kinder in Haushalten, deren Einkommen 25% unterhalb des Existenzminimums liegt. Diese noble soziale Geste wäre aber nicht der ausschlaggebende Grund dafür gewesen, daß einflußreiche, reiche Parteifreunde Ronald Reagan gebeten haben, 1984 wieder für das Präsidentenamt zu kandidieren.

STRAUSS-REISE

Dem Kapital ist es egal, wer unter ihm Kanzler wird — solange seine Geschäfte nicht gestört werden! Das sah jetzt auch Franz-Josef Strauß ein. Er vollzog anlässlich seiner privaten Urlaubsreise durch einige Ostblockstaaten seine ostpolitische „Wende“. Der Absatzmarkt in Osteuropa ist für einige Stahlunternehmen der BRD von großer Bedeutung. Gerade von einer rechtskonservativen Partei dürfte das Kapital ja nun erwarten, daß hier keine politischen Querschüsse kommen — das wäre höchstens zu Oppositionszeiten möglich gewesen. Folgerichtig erkannte Franz-Josef Strauß, daß das „Kalte-Krieger“-Verhalten der Vergangenheit heute nicht mehr „in“ sein kann. Das Kapital erwartet, daß die wirtschaftliche Entwicklung auch politisch stabilisiert wird. Auf Polen übertragen heißt das: für Jaruzelski und gegen Solidarnosc. Bisher hat sich diese notwendige Korrektur in der CSU noch nicht ganz herumgesprochen. Verwirrung herrschte daher, als Franz-Josef Strauß Positionen vertrat, die die daheimgebliebenen an die Politik der ehemaligen SPD/FDP-Koalition erinnerte. Straußens Wende dokumentiert sich in einem Interview mit Radio Polonia. So antwortete FJS auf die Frage, ob er optimistisch eingestellt sei, was die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern betreffe mit Nachdruck „Ja, ja.“ Die Krokodilstränen, die über die Unterdrückung der Solidarnosc und des nach Freiheit vom kommunistischen Joch strebenden polnischen Volkes vergossen worden, sind Schnee von gestern. Um das Jaruzelski-Regime nicht so darzustellen als ob es nicht in der Lage wäre, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, forderte Strauß, „daß man jetzt mit der Paketaktion besonderer Art ein Ende machen soll.“

„In Polen mußte sich wieder das Leben durchsetzen, d.h. ein Chaos mußte verhindert werden“, so rechtfertigte FJS die Vorgehensweise der Regierung gegen Solidarnosc. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze bezeichnete er als „einen Schritt auf dem richtigen Wege, und wir hoffen, daß noch weitere Schritte folgen.“

Trotz aller grundlegenden Unterschiede der Systeme sind sich die Herrscher in Ost und West über eins einig: die eigene wirtschaftspolitische Stellung muß aus beiderseitigem Interesse gegen „die da unten“ verteidigt werden — auch wenn das auf politischer Ebene zu einigen Kapriolen führt.

LESERBRIEFE

MACHT WEITER SO!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Zunächst hätte ich mal gerne die Broschüre „JUGEND FÜR SOZIALISMUS“. Hierfür übersende ich einen Verrechnungsscheck über 52,50 DM, ich bin wissend, daß das ja 50,- DM zuviel sind, aber das hat seine Richtigkeit. Die 50,- DM sollen ein kleiner Tropfen für den Fotosatzcomputer sein, für den ihr ja sicherlich noch ein paar Pfennige gebrauchen könnt, oder???

Nun zur Zeitung selber: ich freue mich immer wieder, so etwas Gutes zu lesen zu bekommen. Alle Artikel sind gut und einfach geschrieben und vor allem allgemeinverständlich. Ich kann Euch nur sagen: Macht so weiter!

Es ist gerade in der heutigen Zeit, nötig den Sozialismus voranzutreiben. Wir dürfen uns nicht vom Kapital unterkriegen lassen. Eine Zeitung wie VORAN muß existent bleiben.

Nur aus diesem Grunde war ich sofort bereit, die 50 DM zu spenden. Wenn dadurch die Zeitung noch verbessert werden kann, nur zu!

Noch kann ich es mir gerade leisten, einen solchen Betrag zu spenden, wer weiß, was nächstes Jahr sein wird, wenn ich anstatt der jetzigen 58% nur noch 56% Arbeitslosenhilfe erhalte? Ich kann es nicht verstehen, daß wir ein Volk von Stimmvieh sind, wo keiner -eh fast - mehr denkt. Wenn die Menschheit in diesem unseren Lande nur gedacht hätte, wäre eine solche Regierung niemals an die Macht gekommen.

Als JUSO wünsche ich Euch alles Gute und verbleibe als Euer treuer Leser

Klaus de Cruppe, Stuttgart

ARBEITEN IM KNAST

Mit welcher Glaubwürdigkeit können eine Regierung, eine Gewerkschaft oder internationale Gesellschaften für Menschenrechte mit dem Finger auf andere Länder zeigen, in denen es Menschenrechtsverletzungen gibt, ohne die des eigenen Landes zu beseitigen. Meistens zeigt der Finger nach Osten, der uns von unseren eigenen Mißständen ablenken soll...In westlichen Ländern scheint es so etwas wie Menschenrechtsverletzungen nicht zu

geben. Zumindest aber werden diese peinlichst verschwiegen...

Sicherlich ist Zwangsarbeit, egal ob in West oder Ost, mit den Grundrechten eines Menschen nicht zu vereinbaren. Doch im Artikel 1 Grundgesetz Absatz 4 ist Zwangsarbeit bei einer gerichtlichen Freiheitsentziehung auch in der BRD zulässig. Aber Zwangsarbeit braucht noch lange nicht zu heißen, daß Häftlinge auch ausgebeutet werden. Und wenn es stimmt, daß nach einem Leserbrief in der Frankfurter Rundschau von M. Wladin in der UdSSR den Zwangsarbeitern eine tarifliche Entlohnung zukommt, so ist das sowjetische Strafvollzugsrecht zumindest in diesem Punkt unserem weit voraus.

Denn im Strafvollzugsgesetz (StVollzG) der BRD sind nicht nur Arbeitspflicht (§ 41 StVollzG) sondern auch Ausbeutung (§ 43 und § 200 StVollzG) verankert. So erhält ein Gefangener ein durchschnittliches Arbeitsentgelt von 5,90 DM täglich (1982). Alle diese genannten Punkte sind aber mit dem Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO nicht in Vereinbarung zu bringen, das die BRD 1956 ratifizierte.

Jedes Mitglied dieses Übereinkommens verpflichtet sich dort, „den Gebrauch von Zwangsarbeit oder Pflichtarbeit in allen ihren Formen möglichst bald zu beseitigen.“ Doch es geschieht nichts... Das gültige Strafvollzugsgesetz ist vollkommen durchlöchert und steht mit dem Gedanken der „Resozialisierung“ nicht im Einklang. So dreht sich in ihm alles um die Arbeitspflicht (Zwangsarbeit), die als Überbleibsel der Sklaverei, als Rest eines veralteten und überholten Strafvollzugsrecht in ihm Einzug gefunden hat...

Doch ist es damit nicht getan. Wer der Meinung ist, daß Arbeit ein Bestandteil der „Resozialisierung“ sein sollte, weiß die Tatsache nicht würdigen, daß es zwar eine Arbeitspflicht, jedoch kein Arbeitsrecht gibt. So können denn auch ca. 50% der Gefangenen keiner Arbeit nachgehen, so daß ihnen eine Wieder-eingliederung scheinbar nicht zusteht.

Denn, wie schlecht Bezahlung und Arbeitsbedingungen auch sein mögen, viele Gefangene sind schon von ihrer wirtschaftlichen Lage her gezwungen, sich ausbeuten zu lassen. Sonst gibt es keine Möglichkeit — auch nicht von außen — sich bestimmte Genußmittel wie Kaffee, Tee und Tabak zu beschaffen.

So gibt es selbst unter den sogenannten „Asozialen“ noch eine Klassifizierung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen.

Christoff Bitter, Wuppertal

Ausbeutung in Sprachschulen

Von einem ausländischen Kollegen aus Köln erreichte uns der folgende Brief, den wir auf eigenen Wunsch so abdrucken, wie er geschrieben ist:

Liebe Leser,

Wenn kommt ein Ausländer in ein neues Land, muß er natürlich einen Arbeitsplatz finden. Heute ist das keine leichte Aufgabe. Aber bevor er arbeiten kann, muß er die Sprache lernen.

Vor drei Monaten begann ich Deutsch zu lernen. Ich suchte eine billige Schule, wie die Volkshochschule, aber ich mußte vier Monate warten, einen Platz zu nehmen. Auch, sie bietet nur ein paar Stunden pro Woche an. Also, suchte ich tief in meine Tasche, und ich bezahlte einer privaten Sprachschule. Zwei Wochen ging es gut. Ich tritt eine Klasse ein, die gut für meine Stufe war. (Ich hatte schon ein Monat zu Hause etwas Deutsch gelernt)

Da habe ich viele interessante Typen kennengelernt: ein Türke, der muß in Deutschland arbeiten und seiner Familie in der Türkei das Geld senden; ein Mädchen aus Asien, deren Mutter in der Küche einen Restaurant arbeitend trifft keinen Deutschen; und mehrere junge Arbeiter aus Griechenland, Spanien und Italien.

Wir haben gut gelernt: langsam, aber sicher. Nach zwei Wochen, aber, waren wir nur sechs Leute. Das Geld von vier Schülern bezahlt den Lohn eines Lehrers; von einem, die Miete, die Strom usw.; und von einem, der Gewinn. Das heißt, ungefähr 350 DM pro Monat von jedermann. Aber für diese Sprachschule, dieser Gewinn ist nicht genug!

Unsere Klasse wurde beendet. Mehrere von uns ging in eine tiefe Klasse (das bedeutet: das Geld für nichts!), mehrere in eine höhere Klasse. Also, meine neue, höhere Klasse hatte fünfzehn Leute (wieviel mal pro Stunde kann einer von fünfzehn sprechen?), und wir haben keine grundlegende Grammatik getan. Zum Beispiel, da gab es einen Arbeiter aus Spanien, der seit zehn Jahren in Deutschland in einem Restaurant gearbeitet hat. Er kennt viele Wörter und Ausdrücke, aber keine echte Grammatik. Da lernt er nichts. Wir haben protestiert. Wir wollten zwei neue Klassen, für unsere verschiedenen Stufen, aber der Direktor sagte „Das ist nicht möglich“.

Und nach vier Wochen, als ich mit dieser Sprache gekämpft hatte, was ist passiert? Sie haben alle Klassen zusammengemischt, nur mit einem Lehrer, während des Monats der Urlaub!

Dieser Scheiß-Kapitalismus ist überall. Sie denken nicht an diese jungen Ausländer, nur an ihren Gewinn!

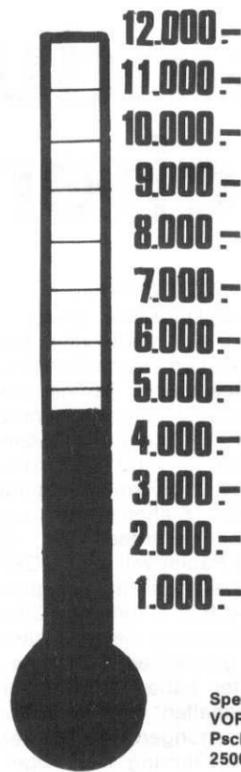
KAMPFFONDS

Bis 1. Oktober: **7.800,- DM fehlen noch!**

Viele Leser und Anhänger haben uns bereits eine Spende zugesagt oder sie schon überwiesen. Wir können hier nicht alle Spender aufzählen. Stellvertretend seien genannt:

Köln: Jürgen Kara, 5,- DM; Michael Lackler, Schüler, 5,- DM; Frank Kirsch, Schüler, 29,- DM; Astrid Sauer, Studentin, 77,- DM; Regina Leschinski, Beamtin, 106,- DM; Brigitte Haack, Betriebsrätin, 20,- DM; Remscheid: Angelika Küch und Hans-Peter Schwick, 50,- DM; Patrick Interthal, Schüler (10 Jahre), 5,- DM; Karl-Heinz Rölke, Arbeiter, 500,- DM; Olaf Meindl, arbeitslos, 150,- DM; Jörg Hoffmann, Azubi, 50,- DM; Peter Binczek, DGB-Kreisjugendvorsitzender, 15,- DM; Iris Cirkel-Kuhlmann und Tim Kuhlmann, Beamtenanwärter, 100,- DM; Spendensammlungen in Aachen ergaben 273,- DM, in Stuttgart 184,- DM, in Hamburg 615,- DM. Weiterhin gingen ein: 5,- DM von Heinz Brandt, Klempner, arbeitslos, Burgwedel; 50,- DM von Klaus de Cruppe, arbeitslos, Stuttgart; 300,- von Hubert Batsch, Krankenpfleger, Marburg; 5,- DM von Dieter Kahlhöfer, Korbach; 81,- DM von Erika Rosenwald, Studentin, Grefrath; 25,- DM von Rolf Lubbe, Brilon.

Außer den Einzelspenden gab es auch eine Reihe von besonderen Aktivitäten, die von VORAN-Anhängern zugunsten dieser Sonderkampagne organisiert wurden:



Spendenkonto
VORAN
PschA Essen
2500 59-430

■ Hamburger Genossen verkauften Trödel auf einem Markt und nahmen 158,- DM ein.

■ Durch den Verkauf von Kaffee und Kuchen bei Versammlungen kamen 61,74 DM in Remscheid und 75,- DM in Köln zusammen.

■ Anlässlich der Hochzeit zweier Genossen in Remscheid wurden auf dem Polterabend 82,- DM gesammelt.

■ Eine Fußgängerally (eine Art „Schnitzeljagd“ durch einen Stadtteil) in Köln brachte 50,- DM für unsere Spendenkampagne.

Weitere Aktivitäten sind noch geplant: Blutspenden, Einsammeln und Umtauschen von Rest-Devisen aus dem Urlaub, Verkauf von selbst eingemachter Kirchschmarmelade, u.v.m. Kölner Leser sind dabei, Umhängetaschen aus Batik mit einem Aufdruck zur 35-Stunden-Woche herzustellen. Bestellungen können schon jetzt an die Redaktion VORAN gerichtet werden (Preis: 10,- DM plus 2,- DM Versandkosten).

Und wann kommt Deine Spende?

Interview

„Wir wollten den Sozialismus“

Stuart Garvie sprach für VORAN mit Dorothea Kirschbaum, einer Sozialistin aus Köln, die auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze gelebt hat.

VORAN: War Deine Familie sozialdemokratisch?

Dorothea: Mein Opa war einer der Gründer der SPD in unserer Stadt, als August Bebel noch Führer war. Ich erinnere mich, als ich noch sehr jung war, drei Jahre alt: bei einem Besuch habe ich in einem Raum geschlafen, wo ein großes rotes Transparent, im Jugendstil, aufgemacht mit der Aufschrift „August Bebel“ hing. Es hing dort das

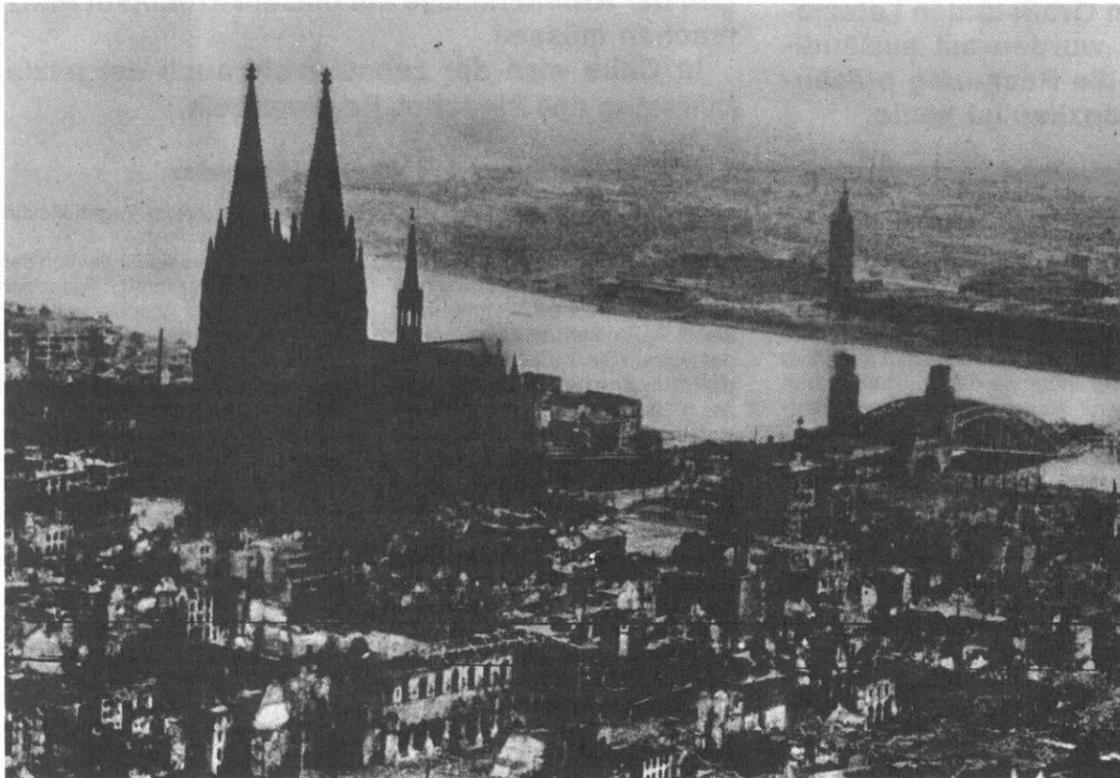
gesetzt. Sie übernahmen die Posten im Rathaus, Oberbürgermeister, Schulrektoren usw.. Die meisten Leute waren überhaupt nicht dafür qualifiziert.

Einer meiner Onkel war beim Kieler Matrosenaufstand von 1918 dabeigewesen. Die Russen haben ihn eines Tages geholt, hochgejubelt und als stellvertretenden Bürgermeister angestellt. Onkel Franz hat das einige Monate mitgemacht, dann ging er hin und sagte ihnen: „Ihr könnt den Posten wiederhaben, ich bin Fliesenleger, was verstehe ich von dieser Arbeit?“ Der war ehrlich, es gab aber tausende,

Dorothea: 1950 kam ich 'rüber. Hier war man frei, man konnte alles kaufen. Nur — die Sache hatte einen Haken: ich hatte nicht mal genug Geld, um eine Tasse Kaffee zu kaufen! Niemand hat Dich gefragt, in welcher Partei Du bist, nur eins hat die Leute interessiert: wieviel Geld Du hast.

VORAN: Dann kamen die 50er und 60er Jahre. Ging es den Leuten dann nicht besser?

Dorothea: Doch. Aber eins darf man nicht vergessen: Die Alten, Behinderten und kinderreichen Familien waren auch in diesen



Deutschland nach dem Krieg:
Für das „Wirtschaftswunder“ mußte hart geschuftet werden

ganze Dritte Reich hindurch, und er hat's nicht abgenommen.

Mein Vater war SPD-Stadtverordneter, als die Nazis die Macht übernahmen. Wir mußten 60 km weg umziehen, weil er zu bekannt war.

VORAN: Wie war's, als der Krieg zuende ging?

Dorothea: Es war absolutes Chaos. Zuerst wurden wir von den Amerikanern erobert, das waren aber nur Kampftruppen. Sie haben keinen Versuch unternommen, Ordnung zu schaffen. Dann kamen die Engländer, sie taten auch nicht viel. Sie haben aber mindestens die Verwaltung wieder in Gang gebracht und einige höhere Nazis weggeschafft. Keiner wußte, was mit uns geschehen würde. Es gab nichts zu essen oder zu kaufen.

VORAN: Wie kamen die Russen?

Dorothea: Tja! Eines Morgens wachten wir auf — die Engländer waren weg und die Russen da!

VORAN: Hörte es dann auf mit dem Chaos?

Dorothea: Ja — langsam. Die Engländer hatten immer schon den Eindruck gemacht, als wären sie nur vorübergehend da. Die Russen fingen sofort an, Ordnung zu schaffen. Als erstes haben sie alle — auch kleine — Nazis verhaftet: jeden, der ein Parteibuch hatte. Sie haben Sozialdemokraten und Kommunisten in die Verwaltung

die nicht so ehrlich waren.

VORAN: Warum die Flucht in den Westen?

Dorothea: Anfangs waren wir jungen Leute begeistert; ich war in der FDJ, der SED-Jugendorganisation. Wir wollten den Sozialismus. Wir sahen aber, daß sich alles nach Rußland orientierte. Es war nicht der Sozialismus, den wir uns vorgestellt hatten, und viele waren desillusioniert, besonders die alten Kommunisten.

VORAN: Wie war's wirtschaftlich?

Dorothea: Wir sahen keine Zukunft. Zwei große Fabriken bei uns hatten keine Maschinen mehr, sie waren nach Osten geschleppt worden. Die Zwangskollektivierung auf dem Land hat nur Chaos gebracht... Kollektivierung gut, aber die Bauern waren dagegen. Die Kollektive hatten keine Maschinen und nichts — so kann man es doch nicht machen!

Positiv fand ich aber die Enteignung der Wirtschaft — das war gerecht. Hier im Westen hat jeder 40 DM gekriegt. Aber die, die Fabriken und Grundstücke hatten, durften sie behalten, während die kleinen Leute, die Geld auf dem Sparkonto hatten, wieder mit 40 DM anfangen mußten. Bei uns haben die kleinen Leute damals nichts verloren.

VORAN: Und dann kamst Du in den Westen?

„goldenen Jahren“ arm. Frauen gingen arbeiten für einen Fernseher, ein Auto usw.. Man sah zum ersten Mal Kinder mit einem Schlüssel um den Hals — die „Schlüsselkinder“

VORAN: Gab es keine Kindergärten?

Dorothea: Nicht für Arbeiterfrauen. Da ich meine Eltern im Osten oft besuchte, wußte ich, daß es dort in jedem Viertel und in jeder größeren Fabrik eine Kindertagesstätte gab. Das war für uns Mütter im „goldenen“ Westen nur ein Traum.

VORAN: Du hast noch Verwandte im Osten; wollen sie nicht alle hier 'rüber?

Dorothea: Die meisten meiner Verwandten haben mit gesagt, daß sie dortbleiben würden, auch wenn die Grenze nicht da wäre. Ich habe oft Besuch von drüben. Sie wollen nicht alle in die Kaufhäuser gehen, sie finden das alles ein bißchen pervers. Sagen sie doch: „Ihr habt 130 Sorten von Staubsaugern; was soll das? Einer genügt doch“. Irgendwie haben sie ihre Menschlichkeit behalten — wir nicht.

Hätte ich nochmal die Wahl, wäre ich dageblieben und hätte gekämpft um den Sozialismus, den ich will. Was haben wir hier nun von unserem Aufschwung — drei Millionen Arbeitslose.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

F O R U M

„Langlebige Güter verschlimmern Absatzkrise“

Liebe VORAN'ler,

...Ihr versprecht, das Problem der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wenn die demokratische Planwirtschaft eingeführt wird. Doch die Formel trägt.

Wenn Arbeitslosigkeit durch Überkapazitäten entsteht und Ihr die Konsequenz daraus zieht, daß „planvoll nach Bedarf produziert“ werden soll, so treibt Ihr den Teufel mit Beelzebub aus.

Abgesehen davon, daß man nicht den Kapitalismus abschaffen muß, um „modernste Technologie... zur massiven Senkung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust“ einzuführen, wie Ihr behauptet, münden Eure Gedanken letztlich in eine fatale Konsequenz: Wenn die heute produzierten Güter trotz ihrer Kurzlebigkeit schon nicht mehr

abgesetzt werden können, und durch diese Überproduktion und Überkapazitäten Arbeitslosigkeit entsteht, so hat die Produktion von Gütern, die „nicht mehr auf baldigen Verschleiß... produziert“ werden, zur Folge, daß sich die Arbeitslosigkeit noch mehr verschlimmert, da noch weniger abgesetzt werden kann.

Zwangsläufig würden die Preise erhöht werden müssen, was zu einer weiter stagnierenden Nachfrage führen würde. Denn, ob Kapitalismus oder nicht, ob reines Unternehmertum oder Drittel-Parität, ein Betrieb kann nur dann sinnvoll (= rentabel) produzieren, wenn das, was er produziert, auch abgesetzt werden kann.

Herzlichst Euer

Michael Mahlke, Remscheid

„Flexible Absatzplanung durch Arbeiterkontrolle“

Lieber Michael,

Deine zentrale Aussage ist, daß ein Betrieb nur dann rentabel produzieren kann, wenn er entsprechende Absatzmöglichkeiten hat. Und weiter: Je weniger die Produktion auf Verschleiß ausgerichtet ist, desto mehr verschärft sich die Absatzkrise.

Das ist vollkommen richtig, solange Du es auf den Kapitalismus beziehst. Der Markt, die kaufkräftige Nachfrage — und nicht etwa der gesellschaftliche Bedarf — bestimmen hier, was (mit genügend Profit) verkauft werden kann. Produkte, die nicht mit „angemessenem“ Gewinn absetzbar sind, werden eher vernichtet als zu herabgesetzten Preisen verkauft — oder sie nehmen die Form ungenutzter, stillgelegter Kapazitäten und damit verbundener Massenarbeitslosigkeit an. Die Existenz von Überkapazitäten bedeutet also ganz und gar nicht, daß es in der Bevölkerung keinen Bedarf an den entsprechenden Gütern gibt. Es fehlt nur das nötige Geld, um diese zu kaufen.

In einer sozialistischen Planwirtschaft gilt das Gesetz des Marktes nicht. Die Gesellschaft entscheidet durch ihre gewählten Vertreter und Gremien schlicht und einfach darüber, was und in welcher Menge bzw. Qualität produziert werden soll — und zwar auf der Grundlage des ermittelten und geäußerten Bedarfs der Bevölkerung.

Investition und Produktion sind nicht mehr von den Profitinteressen weniger Großkapitalisten abhängig. Die entsprechend zu leistende, gesellschaftlich als notwendig erkannte Arbeit wird auf alle Arbeitsfähigen verteilt. Arbeitslosigkeit kann so prinzipiell nicht entstehen. Produktivitätsfortschritte können nach Wunsch der Beteiligten entweder in Form einer verbesserten Güterversorgung oder verkürzter Arbeitszeit an die Bevölkerung weitergegeben werden; Überkapazitäten sind ausgeschlossen.

Die produzierten Güter werden ebenfalls gemäß demokratisch getroffener Entscheidungen auf die verschiedenen Verwendungszwecke (Investitionen, Konsum, Staatsverbrauch) aufgeteilt, wobei die Haushalte durchaus frei über ihre Einkommen verfügen können (freie Konsumwahl). Kurzfristig auftretende Unterschiede zwi-

schen vorausgeplantem und dem tatsächlichem Verbrauch bestimmter Güter führen zu raschen Korrekturen des Produktionsplanes; dabei muß eine volle Einbeziehung von Produzierenden (Arbeiter) und Verbrauchern auf allen Ebenen gewährleistet sein.

Aber ist es denn nicht unmöglich, einen komplizierten Organismus wie etwa die bundesdeutsche Wirtschaft planen zu wollen? Wenn General Motors oder Siemens in der Lage sind, ihre weltweiten Aktivitäten rational und minutiös zu planen, warum soll dann nicht auch eine sozialistische deutsche Regierung die gleichen Planungssysteme und -techniken zur Steuerung der Volkswirtschaft anwenden können?

Sie muß dazu lediglich die ca. 200 Großkonzerne in Gemeineigentum überführen, die drei Viertel der westdeutschen Wirtschaftsaktivitäten beherrschen und deren Kontrolle zur Durchführung eines Produktionsplanes voll und ganz genügen würde. Die Nutzung hochentwickelter Computertechnik hat die exakte Planung kompliziertester Zusammenhänge längst möglich gemacht, selbst unter kapitalistischen Bedingungen.

VORAN hat stets kompromißlos klargestellt, daß die stalinistischen Einparteien-Diktaturen wie die Sowjetunion oder die DDR mit einer echten Arbeiterdemokratie nicht das geringste zu tun haben. Selbst im wirtschaftlichen Bereich stellt die dort herrschende bürokratische Clique mittlerweile einen ungeheuren Bremsklotz für jeden Fortschritt, jede gesunde Weiterentwicklung der Produktivkräfte dar. Denn eine hochentwickelte Planwirtschaft braucht die Arbeiterdemokratie genauso wie der menschliche Organismus den Sauerstoff.

Welche grenzenlosen Entwicklungsmöglichkeiten würde da erst eine wirklich demokratische Planwirtschaft eröffnen, die befreit wäre von der Mißwirtschaft und Korruption einer schmarotzerischen Bürokratie, die in der Sowjetunion immer gigantischere Ausmaße annimmt und die einen lähmenden Einfluß auf alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft ausübt.

für die Redaktion

Joachim Heuck, Hamburg
Jungsozialisten



General Pinochet

10. und letzter Jahrestag des Pinochet-Regimes:

FÜR EIN SOZIA Die Fehler der Volksfront nicht wiederholen

Das Schweigen, mit dem die bürgerlichen Medien Militärdiktaturen gewöhnlich belegen, ist im Fall Chiles nun gebrochen. Im 10. Jahr nach dem Putsch Pinochets treten die Unterdrückten wieder in Aktion. Der 4. Nationale Protesttag am 11. August ließ so viel Druck von der Bevölkerung erwarten, daß Pinochet sich gezwungen sah, das Kabinett mit einer Mehrzahl von Zivilisten auszustatten.

Darauf fielen die Arbeiter aber nicht herein: überall im Lande fanden große Demonstrationen statt. Der Schießbefehl für die 18.000 Soldaten in Santiago hatte 27 Tote zur Folge. Er führte aber auch dazu, daß sich mehr und mehr Menschen aus fast allen Schichten dem Protest anschlossen.

Das Modell der sogenannten „Chicago-Boys“ um Milton Friedman, an dem gezeigt werden sollte, wie man die Wirtschaft wieder auf Vordermann bringt, hat eine stolze Bilanz aufzuweisen: 1982 fiel das Bruttosozialprodukt um 14,1%; rund ein Drittel der chilenischen Arbeiter ist arbeitslos. Auch die Klein- und Mittelindustrie machte ihre Erfahrungen: 1.500 Betrieben aus diesem Bereich wurde der Strom abgedreht, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Seit 1981 gibt es einen Lohnstopp d.h., die Wenigen, die noch Arbeit finden, haben jetzt 27% weniger Geld in der Tasche als vorher.

Der einzige, winzige Erfolg, auf den Pinochet verweisen kann, ist die Inflationsrate: sie hat gerade die 20%-Marke überschritten — für lateinamerikanische Verhältnisse relativ niedrig. Doch aufgehalten werden konnte die Geldentwertung nicht; und ihre Begrenzung auf 20% hat die Industrie an den Rand des Abgrunds gebracht.

An diesen Wirtschaftsprinzipien des Monetarismus orientieren sich auch Thatcher und Reagan, die ihre Arbeitslosenschlangen ja ebenfalls schon verlängert haben. Und Herr Kohl hat denselben Weg eingeschlagen.

Sanierung der Reichen

Diese monetaristische Politik, die nichts weiter ist als die Sanierung der Reichen auf Kosten der Armen, war in Chile nur möglich unter dem politischen Deckmantel der Militärdiktatur, die erst die starke Arbeiterbewegung in Ketten legen mußte. Das fand bei dem Putsch vor zehn Jahren statt, der

Nur einer Handvoll von Ländern der „Dritten Welt“ gelang es in der Nachkriegszeit, die Industrialisierung voranzutreiben und zu den sogenannten „Schwellenländern“ zu zählen. Doch zu welchem Preis! In Ländern wie Brasilien, Argentinien oder Mexiko hatte die Masse der Bevölkerung nichts von der Industrialisierung. Sie versinkt im Elend der Slums vor den Großstädten Lateinamerikas. Die Investitionen wurden mit ausländischen Krediten finanziert; die Rechnung präsentiert das internationale Finanzkapital heute.

50.000 Tote forderte. Tausende wurden gefoltert, in Konzentrationslager geworfen oder „verschwand“.

Die meisten Linken in der ganzen Welt waren von diesem Putsch 1973 tief erschüttert, denn sie hatten große Hoffnungen in den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ gesetzt, den Allende versprochen. Beinahe sah es so aus, als versuche Brandt mit seiner Reformpolitik dasselbe. . . Viele stellten nicht den Weg sondern die Erreichbarkeit des Ziels in Frage. Sicher, Allendes Absicht war die friedliche Transformation in eine sozialistische Gesellschaft, und das Ergebnis war eine blutige Militärdiktatur. Aber was lag dazwischen?

Volksfront

Allende gewann 1970 an der Spitze einer Volksfrontkoalition die Präsidentschaftswahlen. Diese Koalition bestand aus der kommunistischen, der sozialistischen und der radikalen Partei (eine bürgerliche Partei, etwa vergleichbar mit unserer FDP), dazu kam noch eine ganze Reihe kleinerer, kleinbürgerlicher Parteien und Gruppierungen. Zu diesem Zeitpunkt konnten die Sozialisten und Kommunisten schon auf eine lange Geschichte und (auch gemeinsame) Erfahrungen zurückblicken, denn Chile ist aufgrund seiner ökonomischen Situation eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, mit einer parlamentarischen Tradition.

Das Land war reich, weil es über zwei wichtige Bodenschätze verfügte: Nitrate und Kupfer. So konnte sich die herrschende Klasse den Luxus einer parlamentarischen Demokratie erlauben. Durch die enge Verquickung zwischen der einheimischen Bourgeoisie und dem amerikanischen Imperialismus sowie zwischen Großgrundbesitz, Bankiers und Industriellen im Lande selbst, konnten zwei grundlegende Probleme nicht gelöst werden, die in westlichen Ländern durch die bürgerlich-demokratischen Revolutionen beseitigt worden waren: die Befreiung von der Vorherrschaft des Imperialismus und die Durchführung einer Landreform.

Die demokratischen Rechte, die

der chilenischen Bevölkerung zugestanden wurden, waren allesamt von der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften erkämpft worden. Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern hatte sich in Chile mit dem Aufbau der Industrie nämlich schon früh eine starke Arbeiterklasse entwickelt. 1907 lebten schon 43,2% der Bevölkerung in Städten. 1910 entstand die erste chilenische Arbeiterpartei, die sich 1922 der Kommunistischen Internationale anschloß. Die stalinistische Entartung der Kommunistischen Partei führte jedoch dazu, daß eine revolutionäre Situation Anfang der 30er Jahre ungenutzt verloren ging. Als Antwort darauf gründeten die besten Kämpfer 1933 die Sozialistische Partei Chiles.

Programm

Allende verfügte so über einen reichhaltigen Erfahrungsschatz. Theoretische Leitgedanken und politische Analysen fanden sich im Programm der Sozialistischen Partei von 1933.

„Der Klassenkampf

Die gegenwärtige kapitalistische Organisation der Gesellschaft teilt die herrschende Gesellschaft in zwei Klassen, die sich täglich neu definieren. Eine Klasse, die sich die Produktionsmittel angeeignet hat und sie zu ihrem eigenen Wohlergehen ausbeutet, und die andere Klasse, die arbeitet, die produziert und kein anderes Mittel zum Leben hat als den Lohn. Die Notwendigkeit der Arbeiterklasse, den notwendigen Wohlstand zu erlangen, und das Bestreben der besitzenden Klasse, ihre Privilegien zu erhalten, bestimmen den Kampf zwischen den Klassen.

Der Staat

Die kapitalistische Klasse wird durch den bestehenden Staat repräsentiert, der ein Unterdrückungsinstrument einer Klasse gegenüber der anderen darstellt... Diktatur der Arbeiter

Während des Prozesses der totalen Umwandlung des Systems ist eine Diktatur der organisierten Arbeiter nötig. Eine evolutionäre Umwandlung mittels des demokratischen Systems ist nicht möglich, weil sich die herrschende Klasse in bewaffneten Körperschaften organisiert und so ihre eigene Diktatur errichtet hat, um die Arbeiter in Armut und Unwissenheit zu halten und ihre Emanzipation zu verhindern.“ (Vgl. „Socialismo Chileno“, Seite 15-16)

Geschichtliche Erfahrungen

Aber auch an praktischen Vorbildern fehlte es Allende nicht; die erste Volksfrontregierung, an der Sozialisten, Kommunisten und die Radikalen beteiligt waren, gab es 1936. Bedenkt man, daß die Kommunisten in den 20er Jahren die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ beschimpften, so mag dieses Angebot einer Zusammenarbeit von ihrer Seite her verwunderlich erscheinen. Nach dem Sieg Hitlers hatten alle kommunistischen Parteien von Stalin die Order einer 180° Drehung: sie sollten Allianzen und Bündnisse nicht nur mit sozialistischen, sondern mit allen sogenannten „progressiven“ bürgerlichen Parteien bilden. Die Führer der chilenischen KP setzten die unerfahrenen jungen Kader der sozialistischen Partei so unter Druck, daß diese Lenins Wort „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ nicht beherzigten und wesentliche Erkenntnisse ihres Programms aufgaben. Eine Politik,

gleiche passiert im Augenblick im Iran.)

Zwar wurden die Fehler von den Sozialisten erkannt, dennoch fürchtete sich Allende vor dem Vorwurf, die Arbeiterbewegung zu spalten, und ging 1969 eine erneute Volksfront ein. Man sieht, es ist nicht genug, die richtigen ideologischen Prinzipien im Programm stehen zu haben. Es ist auch eine Führung nötig, die diese nicht im Laufe der Kämpfe aus den Augen verliert.

Wahlsieg Allendes

Die Christdemokraten hatten 1964 die Wahlen mit dem Slogan „Revolution in Freiheit“ bestehen können. Die Bevölkerung, die inzwischen zu 75% aus Lohnarbeitern bestand, sah aber sehr bald, daß der christdemokratische Ministerpräsident Frei weder die versprochene Agrarreform noch die „Chilenisierung“ der Wirtschaft erfolgreich durchführen konnte.

Allendes Wahlsieg 1970 basierte auf der Grundlage weitreichender Zugeständnisse an die bürger-



Bewaffnete Bauern auf den Latifundien unter der Allende-Regierung

die glaubt, gemeinsam mit Bürgerlichen durch Reformen grundlegende Veränderungen herbeiführen zu können, muß zwangsläufig scheitern. So ging es 1946 auch dieser Volksfront-Regierung. (Die sehr kooperative Haltung der KP hat sich übrigens auch für sie selbst nicht ausgezahlt; sie wurde 1948 für 10 Jahre verboten. Das-

lichen Koalitionspartner: Er verpflichtete sich, keine „verfassungsfeindlichen Milizen“ aufzubauen sowie Polizei und Militär nicht anzutasten. So blieb der ganze Staatsapparat in den Händen der herrschenden Klasse: Kongreß, Justiz, Armee, Polizei und Staatsbürokratie. Ja, die Regierung erhöhte bei ihrem Amtsan-

LISTISCHES CHILE!



Das Stadion von Santiago: Tausende wurden hier nach dem Putsch eingesperrt

rakter der Armee.“ Und als die Situation sich weiter zuspitzte, nahm Allende sogar seine Mörder, die Generäle, noch ins Kabinett auf!

Bewaffnung gefordert

Am 4. September, eine Woche vor dem Putsch, fanden überall in Chile Demonstrationen statt. Allein in der Hauptstadt Santiago strömten eine Million Menschen zusammen (bei einer Gesamtbevölkerung von neun Millionen). Immer wieder forderten sie in Sprechhören und auf Plakaten Allende zur Durchführung des letzten, entscheidenden Schlages auf. Sie verlangten nach Waffen und einem Kampfplan. Allende sah jedoch immer noch nicht, daß es fünf vor zwölf war. Er forderte dazu auf, nach Hause zu gehen und Ruhe zu bewahren; er vertraue auf die Verfassungstreue der Armee. Ein Vertrauen, das ihm wenig später das Leben kostete.

In dem Putsch selbst kämpfte nur ein Teil (17%) der Armee auf Seiten der Konterrevolution. Aber das genügte: die Arbeiter waren nicht bewaffnet und hatten weder Plan noch politische Führung.

Blickt man noch einmal zurück auf das Programm der sozialistischen Partei von 1933, so sieht man dort die drei wichtigsten Prinzipien enthalten, die die Unidad Popular nicht berücksichtigt hatte.

- 1.) Keine herrschende Klasse gibt die Macht freiwillig aus den Händen.
- 2.) Die einzige Klasse in der Gesellschaft, die den Sozialismus aufbauen kann, ist die Arbeiterklasse.
- 3.) Der Staat ist keine neutrale Organisation, sondern das Machtinstrument der herrschenden Klasse.

Nach dem Putsch wurde auf Seiten der Linken allgemein beklagt, der US-Imperialismus und der CIA hätten Allende gestürzt.

Zweifellos wirkten diese Kräfte am Putsch mit. Doch könnte man da nicht gleich sagen: „Die Revolution wäre gut verlaufen, wenn es nur keine herrschende Klasse gäbe.“?

CIA

Natürlich wehren sich die Herrschenden mit allen Mitteln. Es kommt in einer Revolution eben darauf an, diese Mittel für sie unbrauchbar zu machen. Und das wesentliche Werkzeug der Reaktion in Chile war ihr Staatsapparat — der unter der UP intakt blieb. Ihre soziale Basis war die chilenische Bourgeoisie — die Allende nicht enteignete und die mangels entschiedener Führung seitens der Arbeiterparteien die Mittelschichten mobilisieren und ausrüsten konnte.

Keine Organisation kann von außen in ein Land hineinwirken, wenn sie dort keine Stützpunkte und Helfershelfer hat. **CIA und US-Konzerne waren nur die Hilfspolizei der chilenischen Reaktion!**

Dies soll keine besserwisserische oder hämische Kritik sein. Als Sozialisten müssen wir von internationalen Erfahrungen und Fehlern lernen. Es nützt nichts, wenn wir uns selbst etwas vormachen.

Wiederholung der Fehler

Dies ist umso wichtiger, als offenbar immer noch wenig aus den tragischen Ereignissen vor zehn Jahren gelernt wurde.

Die KP zog die Konsequenz, die Volksfront sei nicht breit genug gewesen, man hätte auch die Christdemokraten einbeziehen müssen — dieselben Christdemokraten, die unter der UP Sabotage auf allen Ebenen betrieben und den Militärputsch damals begrüßten. Schon werden wieder „Demokratische Allianzen“ mit bürgerlichen Parteien in der Opposition gebildet.

Doch die bürgerlichen entdeck-

zung und den Aufbau einer Arbeiterdemokratie möglich.

Jetzt ist nötig:

- Zusammenarbeit aller Untergrundorganisationen der Arbeiter, um die Kräfte für einen Generalstreik und den Sturz der Junta zu bündeln.
- Keine Allianz mit den bürgerlich „demokratischen“ Politikern!

Gespräch mit einem Chilenen, damals unabhängiges Mitglied der Unidad Popular, seit 1974 in der BRD im Exil

„Ich habe gesehen, wie sich die Menschen unter der Regierung Allende entwickelt haben. Das geht langsam, aber man konnte merken, daß alle Leute für die Sache arbeiteten.“

1970 ging ich nach Valdivia. Damals wurde man mit Problemen konfrontiert, die wichtig waren fürs tägliche Leben. Von Anfang an haben die Rechten begonnen, einen neuen Plan durchzuführen, um Allende kaputtzukriegen, und zwar durch die künstliche Verknappung des Lebensmittelangebots durch große Aufkäufe von Grundnahrungsmitteln.

Da mußten sich die Leute was einfallen lassen, und es entstanden „Versorgungskomitees“ auf Stadtviertel-Ebene. Die noch vorhandenen Lebensmittel wurden von der Regierung aufgekauft und die Komitees verteilt die ganzen Sachen dann über die Tante-Emma-Läden im Viertel weiter, und zwar gerecht.

Die Leute entwickelten sich; nicht gleichzeitig, aber immer besser. Das haben die Faschisten und die Rechten sofort verstanden. Sie haben viele Dinge viel schneller und viel gründlicher verstanden als wir.

Heute ist die Regierung Pinochet am Ende. Das heißt nicht, daß das System zuende ist. Aber es kann keinen Partner finden, um weiterzumachen, wie es ihn am Anfang zum Beispiel in der Mittelschicht hatte. Selbst die Konservativen und die Rechten sind gegen ihn.

Sie haben bei der Gründung der „Demokratischen Allianz“

mitgemacht. Und auch die Amis wollen ihn nicht mehr. Jetzt muß er also irgendwie verschwinden. Ich kann nicht voraussagen, wie; aber ich kann auch nicht ausschließen, daß er von seinen eigenen Leuten ermordet wird, weil er jetzt stört.

Von der Republikanischen Rechten und den Christdemokraten wurde ein Vorschlag gemacht: Pinochet muß zurücktreten; es muß eine Übergangsregierung gebildet und in einer „verantwortbaren Zeit“ eine verfassunggebende Versammlung ins Leben gerufen werden. Es gibt auch einen aussichtsreichen Übergangskandidaten für dieses Programm: General Valdez. Er war kein Komplize der Junta, und keiner könnte was gegen ihn sagen...

Ach, ja, seit kurzem wissen wir, daß auch die Abspaltungen der ehemaligen Sozialistischen Partei an der „Demokratischen Allianz“ beteiligt sind. Die meisten in dieser Allianz wollen am liebsten Allende und Pinochet vergessen und den Kapitalismus wie vorher rekonstruieren. Aber das wird nicht gehen.

Alle Parteien haben Selbstkritik geübt nach dem Putsch. Man muß eine bewaffnete Macht haben. Denn es genügt nicht, die Wahrheit zu haben, man muß auch ein Kraft haben, sie durchzusetzen...

Eine Koalition, die nicht gründliche Veränderungen in Gang setzt, hat keine Möglichkeit, lange dranzubleiben...

Ein Bürgerkrieg ist nicht auszuschließen. Inwieweit die Linke darauf vorbereitet ist, weiß ich nicht. Aber vorher rechne ich eher mit einer Entwicklung, wie sie in Spanien stattgefunden hat: der Bösewicht verschwindet.“

tritt sogar die Offiziersgehälter in der Hoffnung, dadurch ihre Gunst erkaufen zu können.

Reformen

Die Erwartungen der Bevölkerung zwangen Allende weiter zu gehen, als er zunächst vorgehabt hatte. Innerhalb relativ kurzer Zeit wurden viele wichtige und positive Maßnahmen ergriffen: Die Kupferindustrie und weitere Industrien wurden verstaatlicht, freie Schulpflicht verteilt, die Mieten und Preise eingefroren. Löhne und Preise stiegen; die Landreform wurde angegangen. Kurz: Der Lebensstandard der Bevölkerung verbesserte sich erheblich. Diese Maßnahmen brachten zunächst auch die Mittelschicht und die Bauern auf seine Seite. Das zeigt sich noch in den Gemeindewahlen von 1971: die Unidad Popular (UP) erhielt 50,9% der Stimmen.

Nun konnte die herrschende Klasse nicht mehr zusehen. Die Großgrundbesitzer stellten bewaffnete Truppen auf. Die einzige mögliche Gegenwehr hätte in der Bewaffnung der Arbeiter und Bauern bestanden, in der Einsetzung von Landbesetzungs-Komitees. Aber die so sehr auf Legalität bedachte Regierung wollte „die Reaktion nicht provozieren“ und setzte die Polizei gegen die Landbesetzungen der Bauern ein.

Zur gleichen Zeit war die objektive Situation sehr günstig für eine relativ friedliche Umwandlung der Gesellschaft. Die herrschende Klasse war demoralisiert, wie man an den Spaltungen in ihren Reihen sehen konnte; die Massenbewegung fand in einer Zeit des Aufschwungs statt, die Menschen wollten eine Revolution; die Mittelschichten und die Bauern blickten hoffnungsvoll auf die Arbeiterklasse; Sozialisten und Kommunisten hielten Schlüsselpositionen in Regierung und Verwaltung; sie hatten die Unterstützung weiter Teile der einfachen Soldaten in der Armee. Dennoch war Allende nicht bereit, den letzten entscheidenden Schritt einzuleiten.

Die Unidad Popular klammerte sich an die Rechtmäßigkeit ihres Wahlsieges in der Hoffnung, Armee und Herrschende handelten ebenso. Aber die Herrschenden haben sich in der Vergangenheit noch nie geschert, sowohl gegen den Willen des Volkes als auch gegen die Recht- und Verfassungsmäßigkeit zu verstoßen. Demokratische Rechte werden freiwillig nur so lange zugestanden, wie sie den Interessen der Kapitalisten nicht schaden — da nützen auch noch so lange „demokratische Traditionen“ nichts.

Ein weiterer Fehler bestand darin, nur einen Teil der Industrie — überwiegend ausländische Konzerne — zu verstaatlichen. Die einheimische Bourgeoisie kam ungeschoren davon und bildete die soziale Basis für die Konterrevolution.

Konterrevolution

Die Front der Reaktion stand bald: Die Christdemokraten blockierten systematisch das Parlament, die Schlägertrupps von „Freiheit und Vaterland“ brachten den Terror in die Straßen, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer sabotierten die Volkswirtschaft, die USA strichen die Wirtschaftshilfe und versuchten, einen weltweiten Kupfer-Boykott zu organisieren. Zusätzlich führte die nur stückweise und total ungeplant durchgeführte Verstaatlichung zu einem enormen Anstieg der Inflation.

Das trieb die Mittelschicht in die Opposition. Versuche der Reaktion, im Sommer 1973 durch Putschversuche und die berühmten LKW-Streiks (Streiks der privaten Transportunternehmer, die vom CIA finanziert wurden) die Regierung zu vernichten, wurden immer wieder von den Aktionen der Arbeiter zurückgeschlagen. Dennoch sagte der Generalsekretär der KP, Luis Corvalan, noch im August 1973 nach einem gescheiterten Putschversuch in einer Rede: „Wir befürworten weiterhin den absolut berufsmäßigen Cha-

ten ihre demokratische Gesinnung erst wieder, seit das Pinochet-Regime unhaltbar geworden ist und jede Basis in der Bevölkerung verloren hat. Sie wollen jetzt einen möglichst reibungslosen Übergang zu einer Zivilregierung, damit durch Zugeständnisse von oben die soziale Explosion von unten noch verhindert werden kann.

Dazu werden im Moment die Christdemokraten aufgepäppelt und ihr „Widerstands“-Image poliert: Man wirft sie einige Tage ins Gefängnis, um sie dann nach weltweiten Protesten als Märtyrer vor die Kameras und Mikrofone der Journalisten zu entlassen.

Doch auch eine solche Zivilregierung kann die unerträglichen wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht lösen. Dies ist nur durch eine sozialistische Umwäl-

Die nächsten Schritte sollten dann sein:

- Säubern des Staatsapparats von den Mördern in Uniform;
- Öffnung der Akten, damit man die Verbindungen zwischen Faschisten, Junta, den „demokratischen“ Politikern und den Kapitalisten sehen kann;
- Enteignung des Besitzes (Fabriken, Land) von all denen, die Verbindung mit dem Pinochet-Regime hatten, unter der Kontrolle von Bauern- und Fabrikkomitees;
- Gewerkschaftliche und demokratische Rechte für die Soldaten; Entfernung aller Militärs, die an der Junta beteiligt waren; Wahl der Offiziere durch die Soldaten.

Barbara Kirschbaum, Köln
Jungsozialisten

Blutige Unruhen auf Sri Lanka:

JAGD AUF OPPOSITION

Präsident will Militär- diktatur vorbereiten

War es das journalistische „Sommerloch“ oder die Tatsache, daß auch deutsche Touristen zwischen die Fronten gerieten — die barbarischen Verbrechen an der tamilischen Bevölkerungsminderheit standen jedenfalls wochenlang im Mittelpunkt des Medien-Interesses. Der Informationsgehalt war jedoch eher dürrig: da gibt es auf der einen Seite Tamilen, die zudem hinduistisch sind, und auf der anderen Seite die buddhistischen Singhalesen, die sich, eben weil sie so sind, aus ansonsten unerfindlichen Gründen gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Was in den hiesigen Medien überhaupt nicht zu finden war: kein geringerer als der Präsident J.R. Jayewardene — nennen wir ihn kurz und sicherlich treffend J.R. — und seine regierende UNP stecken hinter diesen Unruhen.

Anlaß der Zusammenstöße war ursprünglich die Entführung und Vergewaltigung von drei tamilischen Mädchen durch Angehörige der im tamilischen Norden stationierten Truppen. Als Racheakt überfielen Mitglieder der tamilischen Guerilla-Organisation „Tamil Tigers“ eine Militäreinheit und töteten 13 Soldaten.

Kristallnacht

Die UNP-Regierung nutze diesen Überfall, um Rassenzusammenstöße zu organisieren.

Ob J.R. das Ausmaß der Kämpfe eingeplant hatte, ist fraglich — er konnte nur an kontrollierten Ausschreitungen interessiert sein; und die Zusammenstöße drohten auf dem Höhepunkt außer Kontrolle zu geraten. Doch wie dem auch sei: die brutale Verfolgung der Tamilen in den letzten Wochen war nichts anderes als eine systematisch vorbereitete Aktion, wie wir sie aus unserer Geschichte als „Reichskristallnacht“ kennen.

Notstand

Was bezweckt die Regierung damit? Wie inzwischen ebenfalls deutlich geworden ist, dienen die Unruhen als Vorwand, um Notstandsmaßnahmen auszurufen und die Oppositionsparteien zu verbieten — mit der absurden Behauptung, sie hätten die Unruhen angezettelt. Doch die Wahrheit sieht anders aus.

1977 kam die UNP nach einem überwältigenden Wahlsieg mit einer 2/3-Parlamentsmehrheit an die Regierung. Diesem erdrutschartigen Wahlergebnis gingen sieben Jahre einer Volksfront-Regierung unter Führung der bürgerlichen SLFP von Frau Banderanaika voraus. Diese Volksfront war 1970, getragen von großer Begeisterung, an die Macht gekommen. An ihr waren die beiden Arbeiterparteien LSSP und KP beteiligt. Doch diese Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen und Arbeiterparteien brachte — wie

immer und überall — den Arbeitern nur Nachteile.

Besonders seit Beginn der internationalen Rezession drückte die Volksfront-Regierung Sparmaßnahmen und eine Senkung des Lebensstandards der Massen von rund 50% durch; die Tamilen wurden verstärkt unterdrückt und ein Jugendaufstand unter Führung der JVP blutig niedergeschlagen; die Volksfront regierte fast ständig unter Notstandsrecht.

Auch die Verstaatlichung großer Teile der Industrie, der Banken und der Plantagen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Volksfront letztlich eine Koalition von Streikbrechern zur Unterdrückung der Arbeiter und

gendliche in separatistischen Organisationen ihr Heil suchten.

Die UNP-Regierung richtete auf der Insel eine Freihandelszone mit Steuererleichterungen und Subventionen nach dem Vorbild Singapurs oder Hongkongs ein, um ausländische Investoren anzulocken. Allerdings siedelten sich hauptsächlich Textil- und Endfertigungs-Industrien an. Die Gelder für diese Investitionen wie auch die Mittel für ein gigantisches Bewässerungsprojekt wurden von ausländischen Kreditgebern aufgebracht.

Nach einem kleinen Investitions- und Profitboom steht jetzt die Rückzahlung dieser Kredite ins Haus. Und das vor dem Hintergrund des allgemeinen weltwirtschaftlichen Niedergangs, der Exkoloniale Länder wie Sri Lanka besonders hart trifft.

Die Inflationsrate beträgt 40%; das Lohnniveau ist inzwischen niedriger als in Indien; staatliche Subventionen (z.B. für Grundnahrungsmittel oder den Nahverkehr) wurden gestrichen; der Anteil der Zinszahlungen für die Kredite stieg allein 1981/82 von 25% auf 33% aller öffentlichen Ausgaben! Es ist abzusehen, wann Sri Lanka weit oben auf der Liste der fastbankrotten Länder wie Brasilien und Mexiko steht!

Unter dem Druck der internatio-



Colombo: Das Regime selbst gab das Signal

den konnte, daß ein Teil der Gewerkschaftsführer den Streik zwar in Worten unterstützte, ihre Mitglieder aber nicht mobilisierten. Von diesem Rückschlag hat sich die Arbeiterbewegung bis heute nicht erholt, was J.R. einen gewissen Spielraum verschaffte.

Die Unruhen unter den Arbeitern und den Tamilen waren jedoch klare Warnzeichen für ihn. Er verstärkte den von Anfang an eingeleiteten Abbau demokratischer Rechte.

Im Oktober 1982 ließ er vorgezogene Präsidentschaftswahlen durchführen, um sich noch einmal den Sieg zu sichern, bevor die Zuspitzung der Wirtschaftskrise dies unmöglich macht. Er ließ seiner gefährlichsten Herausforderin, Frau Banderanaika, die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennen, damit sie nicht kandidieren konnte. Außerdem konnte er von der Zerstrittenheit der Oppositionsparteien profitieren, die sich z.B. nicht auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten einigen konnten. Mit Hilfe von Versprechungen, mit Hinweis auf den kleinen Industrieboom, mit Einschüchterungen durch die berüchtigten UNP-Stoßtruppen und — wo alles nicht half — mit Wahlmanipulationen erreichte er 51% der Stimmen.

Auf ähnliche Weise zog er im Dezember 1982 ein Referendum durch, das Parlamentswahlen, die eigentlich diesen Sommer fällig gewesen wären, bis 1989 aussetzt!

Perspektiven

In Anbetracht der wirtschaftlichen Probleme Sri Lankas muß sich das Regime auf größere Auseinandersetzungen mit der Arbeiterbewegung, den armen Bauern und unterdrückten Massen vorbereiten. Deshalb sind die Zeiten einer „Musterdemokratie der Dritten Welt“ unwiderruflich vorbei. J.R. bereitet jetzt den Übergang von seiner parlamentarisch-verbrämten auf eine offene Militärdiktatur vor. Dies ist der eigentliche Hintergrund der jüngsten Unruhen und des Verbots der Arbeiterparteien.

Eine internationale Protestkampagne ist nötig, um die Tamilen und Oppositionellen in Sri Lanka zu unterstützen. Ihnen drohen bei Verhaftung hohe Gefängnis- oder gar die Todesstrafe!

In Großbritannien, das J.R. demnächst mit seinem Besuch beehren will, haben 80 Labour-Abgeordnete einen Protestbrief gegen diesen Besuch unterzeichnet, und gefordert, die Verfolgung von Tamilen einzustellen sowie das Verbot der Arbeiterparteien wieder aufzuheben.

Schickt Protestbriefe an die **Botschaft der Republik Sri Lanka Rolandstr. 52 5300 Bonn-Bad Godesberg** Fordert Eure Abgeordneten, SPD- und Gewerkschaftsvorstände ebenfalls zu Protesten auf!

Angela Bankert, Remscheid
Vorsitzende der Jungsozialisten

Augenzeugenbericht eines aus dem Lande geflohenen Mitglieds des Politbüros der verbotenen N SSP (Neue Sozialistische Partei)

„Am Sonntag, den 24. Juli, wurden die Soldaten in Colombo begraben, die nach der Vergewaltigung von drei tamilischen Mädchen durch Separatisten ermordet worden waren. Einige der 5.000 Leute, die an dem Begräbnis teilnahmen, warfen ein paar Fensterscheiben von tamilischen Läden ein, aber nicht viele. Am Montag darauf aber wurden die Unruhen durch Gruppen von Provokateuren organisiert.“

Nach dem Wählerverzeichnis suchten diese gut organisierten Gruppen tamilische Familien heraus, ermordeten sie und brannten ihre Geschäfte nieder. 100 Geschäfte wurden zerstört. Erst nachdem diese organisierten Banden die Brandstiftungen und Ermordungen begonnen hatten, fingten die städtischen Armeen mit den Plünderungen an.

Angehörige der Luftwaffe guckten ihnen ruhig beim Plündern zu, obwohl schon seit 2 Uhr eine Ausgangssperre bestand. Ich sah fünf Leichen auf der Straße. An diesem Tag habe ich im Büro des „Komitees für Arbeitereinheit“ gear-

beitet, und ich habe gesehen, wie viele tamilische Läden in dieser Straße angegriffen wurden. Soldaten ermutigten die Plünderer von ihren Jeeps aus. Sie riefen: „Kümmert Euch nicht um die Polizei! Macht weiter!“

Dienstag wurde ich durch den Lärm von Schießereien geweckt. Das Kino gegenüber vom N SSP-Büro wurde in Brand gesteckt. Plünderer gingen dann durch das ausgebrannte Kino in ein Hotel, wo sie alles mitnahmen, was sie finden konnten. Das alles geschah während der Ausgangssperre, ohne Eingreifen der Polizei.

Die Ausgangssperre wurde am 27. Juli beendet; die Plünderer gingen weiter. Später fuhr ich tamilische Mitglieder unserer Partei an einen sicheren Ort. Als ich durch die Straßen fuhr, sah ich, daß alle tamilischen Geschäfte ausgebrannt waren. Einige von unseren Genossen versuchten, Fotos zu machen, aber sie wurden von Banden angegriffen, die in einem offiziellen Wagen kamen und unsere Kameras zerschlugen.“

armen Bauern war.

Nachdem die beiden Arbeiterparteien ihre Schuldigkeit getan, nämlich die Massen zurückgehalten und demoralisiert hatten, warf Frau Banderanaika 1975 erst die LSSP, dann die KP aus der Regierung.

Alle an der Volksfront beteiligten Parteien hatten sich in den Augen der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen und Tamilen so verhaßt gemacht, daß J.R. — mit einer gehörigen Portion „sozialistischer“ Propaganda — seinen großen Wahlsieg erringen konnte. Die beschämende Rolle der Arbeiterparteien in der Volksfront ist auch ein wichtiger Grund dafür, daß die nationalen Gegensätze sich noch vertieften und immer mehr Ju-

nalen Kreditgeber (zu denen übrigens auch die Bundesregierung zählt) gibt es auf kapitalistischer Grundlage nur eine Lösung: J.R. muß weitere Sparprogramme auflegen und versuchen, aus der Bevölkerung das letzte herauszupressen.

Widerstand der Arbeiter

Daß dies nicht ohne Widerstand abgeht, hat er schon in der Vergangenheit erfahren müssen. Während seiner Regierungszeit gab es ständig gewerkschaftliche Protestaktionen und soziale Unruhen. Sie gipfelten im Sommer 1980 in einem Generalstreik, der jedoch dadurch niedergeschlagen wer-

Nationalitäten- Problem

Tamilen und Singhalesen auf Sri Lanka standen sich nicht immer feindselig gegenüber. Bevor sie vom britischen Imperialismus im vorigen Jahrhundert zu einer Kolonie zusammengebracht wurden, gab es auf der Insel zwei Königreiche: eins der sogenannten Ceylon-Tamilen im Norden (die seit Jahrhunderten dort lebten) und eins der Singhalesen im Süden. Die britischen Imperialisten wandten auch hier ihre Methode an, mit Hilfe eines Teils der Einheimischen zu regieren. Im Norden gab es mehr Missionsschulen; die tamilische Oberschicht der Großgrundbesitzer und reichen Bauern war gebildet. Ihnen wurden die Positionen im britischen Staatsapparat fast ausschließlich zugewiesen. Diese Zusammenarbeit von tamilischer Oberschicht und britischem Imperialismus rief die Feindseligkeit der Singhalesen hervor.

Zur Bearbeitung der riesigen britischen Teeplantagen im Norden ließ sich die Masse der kleinbäuerlichen Ceylon-Tamilen nicht bewegen. Die Briten importierten daher vor rund 150 Jahren die Indien-Tamilen aus dem Süden Indiens. Seitdem schufteten sie unter den schwersten, menschenunwürdigen Bedingungen auf den Plantagen und trugen mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Teil zum Reichtum der Insel bei.

Als die Briten nach der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 die Macht an die einheimische Bourgeoisie übergaben, regierte die rechte, bürgerliche UNP mit der damaligen Partei der tamilischen Oberschicht, der Federal Party, zusammen.

Die SLFP, eine bürgerlich-liberale Abspaltung von der UNP, nutzte die Wut über die Privilegierung der Ceylon-Tamilen und stellte sich als einzige Repräsentantin der buddhistischen Singhalesen dar. Sie zog mit dem Versprechen in die Wahlen, Singhalesisch als Amtssprache und Buddhismus als Staatsreligion einzuführen. Mit dieser nationalistischen Demagogie wurde sie 1956 Regierungspartei. Von da an wurden die Tamilen beim Zutritt zu Schulen, Unis, Ämtern und öffentlichen Einrichtungen diskriminiert. 1958 kam es daher zu den ersten größeren, blutigen Zusammenstößen zwischen den Volksgemeinschaften.

Die Tamilen sind ständigen Verfolgungen und Unterdrückung ausgesetzt; Militär und Polizei benehmen sich im tamilischen Norden wie Besatzungstruppen. Dies war auch unter der Volksfrontregierung mit Beteiligung der LSSP (Sozialisten) und der KP in den Jahren 1970-77 nicht anders, was beiden Parteien ihr Ansehen unter den Tamilen kostete und weiteren Zulauf zu separatistischen Tamilen-Organisationen brachte.

Nach dem Sieg der UNP-Regierung im Sommer 1977 kam es umgehend zu schweren Zusammenstößen, die durch Ausschreitungen von UNP-Schlägertrupps gegen die Tamilen ausgelöst wurden. Der Präsident J.R. nutzte das Nationalitäten-Problem von Anfang an, um Notstandsmaßnahmen und den Abbau demokratischer Rechte mit Hilfe von sogenannten Anti-Terror-Gesetzen durchzusetzen.

Tariferhöhung in Stuttgart

Juso-Aktion fand Anklang

Wir erfuhren es aus der Stuttgarter Zeitung vom 23. Juni 1983: „Eine Erhöhung der Fahrpreise beim Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) zum 1. Januar 1984 zeichnet sich ab. Die VVS-Geschäftsführung hat dem VVS-Aufsichtsrat jetzt die entsprechenden Vorschläge zukommen lassen. Danach sollen die Tarife im Durchschnitt um 5,5% angehoben werden. Zum Vergleich: Die Tariferhöhung für das laufende Jahr hatte starke 8% betragen.“

Schon am Dritten desselben Monats wurde im selben Blatt unter der Überschrift „Der Stadtbahnwagen geht jetzt in Serie; Stuttgarter Straßenbahnen AG bestellt zunächst 40 Fahrzeuge — weiterer Fahrgastenschwund“ festgestellt, daß jener Verkehrsverbund im Geschäftsbericht '82 einen Fahrgastrückgang von 1,5% zu verzeichnen hätte. Auch die Ursachen wurden kleinlaut bestätigt: „Zunehmende Arbeitslosigkeit, damit verminderte Einkommen, sowie abnehmende Einwohner- und geringere Schülerzahlen.“

Ab Mittwoch, 29. Juni kommt auch die SPD endlich ins Spiel. Heißt es an diesem Tage noch: „SPD diskutiert Fahrpreiserhöhung“, so ist am Dienstag, 12. Juni zu lesen: „SPD lehnt höhere Tarife ab“.

Eine Entscheidung, die von vorneherein klar war? Wohl kaum, da SPD-Aufsichtsräte im SSB (Stuttgarter Straßenbahnen) die Fahrpreiserhöhung mitgestaltet haben. So kam es, daß die Juso-AG Stuttgart-Mitte dieses Thema wieder auf ihrer Tagesordnung hatte.

Wir setzten uns Ende Juni zusammen, um gleich über einen Antrag zu entscheiden, der bei

einer SPD - Kreisdelegiertenversammlung eingebracht wurde. Darin wurde der Vorstand aufgefordert, jegliche Fahrpreiserhöhung abzulehnen. Gleichzeitig wurden der Ausbau des Stuttgarter Flughafens und zahlreiche andere wahnwitzige Projekte in Stuttgart abgelehnt. Nach längerem Hick-Hack wurde der Antrag von der SPD schließlich angenommen.

Wir zogen vor das Gebäude des VVS-Aufsichtsrats und begrüßten die einzeln erscheinenden Aufsichtsräte mit Transparenten, die auf den Wahnsinn ihres Vorhabens aufmerksam machten.

Da kam dann auch ein Männlein

schließlich auch der OB und VVS - Aufsichtsratsvorsitzende Manfred „Erwin“ Rommel zum Vorschein, mit großem Daimler, versteht sich.

„Das ist für den Steuerzahler billiger, als wenn ich mit der Straßenbahn herkomme“, erklärte Herr Rommel, als wir ihn auf das Gefährt aufmerksam machten, nachdem sein Chauffeur ihm noch ins Jackett hatte helfen müssen. Das Entlarvende seiner Aussage war ihm wohl nicht bewußt.

Später folgten diverse Stand-, Flugblatt- und Unterschriftaktionen. Viele Bürger wußten noch gar nichts von den neuen Fahrpreiser-



Oben: Stuttgarter Jusos belagern den Eingang des Aufsichtsratsgebäudes

daher, daß sich als SPD- bzw. Arbeitnehmervertreter zu erkennen gab. Dennoch: „Das nützt nichts, was ihr da macht.“ Und als wir ihn darauf aufmerksam machten, daß die letzten Fahrpreiserhöhungen immer einstimmig angenommen worden waren, also auch mit den Stimmen der SPD, machte er sich den Weg frei — frei für die nächste Erhöhung.

Nachdem ein Pressefotograf uns abgelichtet hatte, viele Passanten zustimmend nickend vorbeigelaufen, zum Teil auch zum diskutieren stehengeblieben waren und ein suspekter Typ mit großem Tele auf der gegenüberliegenden Straßenseite uns durch den Verkehr durch fotografierte,

höhungen. Viele wissen wohl auch heute noch nichts davon. Aber diejenigen, die wir ansprachen, waren meist von der Richtigkeit unserer Aktion überzeugt. Zu unserer Überraschung waren auch mancher Sohn und manche Tochter von SSB-Mitarbeitern unter den Unterschreibern.

Erst im Januar hatten wir zwei Veranstaltungen zum Thema Fahrpreiserhöhungen gemacht. Beide waren ein großer Erfolg. Wie es aussieht, machen wir demnächst wieder eine.

**Lars-Martin Dudde
Heinz Mayer, Stuttgart
Jungsozialisten**

Metall-Gewerkschaftstag

Basis fordert Demokratisierung

Durch die Wirtschaftskrise und die anhaltende Arbeitslosigkeit sowie die wenig demokratische Haltung der IG-Metall-Führung bei der Tarifrunde '83 ihren Mitgliedern gegenüber, hat sich der Unmut bei den aktiven Gewerkschaftern verbreitet. Auch die Äffäre um das Gewerkschaft-Unternehmen Neue Heimat ist nicht in Vergessenheit geraten. So sind zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 9.—15. Oktober '83 in München etliche Anträge mit konsequenten Zielen und Forderungen eingereicht.

Zum Bereich Stahlkrise kommen aus verschiedenen Verwaltungsstellen Anträge auf Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum, so natürlich aus der besonders betroffenen Verwaltungsstelle Dortmund. Die Verwaltungsstelle Hagen fordert neben der Stahlindustrie auch die Überführung „weiterer Schlüsselindustrien und Großbanken in Gemeineigentum“ (Antrag Nr. 209).

Auch aus den Vorgängen um die Neue Heimat wurden Konsequenzen gezogen: „Die Gehälter des Vorstandes unserer Organisation werden auf dem Gewerkschaftstag der IG—Metall offengelegt und festgesetzt.“ (Antrag Nr.115) Die Verwaltungsstelle Ulm will die Zahl der Ämter begrenzt sehen: „Vorsitzende der Einzelgewerkschaften sollen nicht gleichzeitig im Aufsichtsrat der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sein.“ (Nr.101) In mehreren Anträgen wird die Einstellung weiterer Zahlungen an die Neue Heimat gefordert. Hinsichtlich der Demokratisierung der Gewerkschaft wird verlangt: „... daß der Bezirksleiter und seine Mitarbeiter von der betrieblichen Basis gewählt werden.“ (Nr.391, Verwaltungsstelle Ludwigsburg)

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Sicherung des Lebensstandards nimmt einen großen Raum

im Antragspaket ein. Oft wird darin auch — direkt oder indirekt — die bisher zu lasche Haltung der Gewerkschaftsorgane kritisiert. So meint die Verwaltungsstelle Ulm: „Massenentlassungen und Betriebsschließungen dürfen nicht in aller Stille und kampfflos hingegenommen werden.“ (Nr.413) Aus Dortmund kommen die Forderungen nach:

- tarifvertraglich vereinbarte Ausgleichszahlungen in Höhe von 100% des Nettolohnes im Falle von Kurzarbeit;
- Jahresgarantielohn für alle Arbeitnehmer.“(Nr.821)

Die Verwaltungsstelle Düsseldorf kritisiert die Taktik von Warnstreiks: „... zeigt sich, daß das Mittel Warnstreik nicht geeignet ist, die Forderungen durchzusetzen. Zum dritten Male hintereinander mußten wir einen Abbau der Realeinkommen hinnehmen. Der Mobilisierungseffekt der Neuen Beweglichkeit, das hat die Tarifrunde 1983 gezeigt, kann nicht uneingeschränkt weitergeführt werden.“ (Nr.830)

All diese Anträge weisen in die richtige Richtung. Ob sie — womöglich nicht selten gegen den Vorstand — durchgesetzt werden, hängt von der Stärke der Opposition in der IG-Metall ab. Auf jeden Fall ist abzusehen, daß die Diskussion um die 35—Stunden—Woche und um mehr innergewerkschaftliche Demokratie vorangetrieben wird. Nur wenn die Mitglieder der IG-Metall aktiv kämpfen und eine Mehrheit gegen die verkrustete Gewerkschaftsbürokratie gewinnen, kann die IG—Metall zu einer Kampforganisation werden, die wirklich für ihre Interessen eintritt.

**Karl-Heinz Rölke, Remscheid
IG-Metall-Mitglied**

Textilfirma macht Pleite

„Löhne seit April nicht mehr gezahlt“

Nach einigen anderen Schließungen in der Aachener Textil- und Bekleidungsindustrie kam jetzt das Aus für 25 Beschäftigte bei Inga-Moden. Jahrelange Finanzschwierigkeiten trieben die Verschuldung so in die Höhe, daß die Löhne seit April nicht mehr gezahlt werden konnten.

Unter großem Konkurrenzdruck ließ die Firma zu Auslandspreisen nähern, um überhaupt noch Aufträge zu bekommen. Dabei sank die Qualität der Produkte. Nur die Verschuldung stieg. Die beschäftigten Frauen sind jetzt mit mehr als 1000 anderen im Bezirk Aachen auf der Suche nach Arbeit in der Branche. Erst sechs von ihnen haben eine Stelle beim früher größten Inga-Auftraggeber Mayers gefunden.

Bis zuletzt hatte der Chef geschwiegen. Die Näherinnen erfuhren aus der Zeitung, daß der Vergleich angemeldet war. Eine Frau meinte: „Unser Chef, der hat doch sicher seine Schäfchen ins Trockene gebracht. Nur wir sind jetzt die Dummen und müssen

noch hinter unserem restlichen Lohn und den Arbeitspapieren herlaufen.“ Leider kam von der Gewerkschaft nur der Kommentar: „Da kann man nichts machen. Das ist doch nur eine Klitsche. Ihr hättet eben einen besseren Betriebsrat wählen müssen.“ Im entscheidenden Augenblick standen die Betroffenen alleine da, als sie Bescheid wissen wollten und den Chef zur Rede stellten. Die Jungsozialisten verteilten einmal nach Feierabend Flugblätter vor dem Betriebstor, in denen einige kritische Fragen aufgeworfen wurden. Der Chef versuchte, sie vom Tor zu verjagen und hat mit einer Anzeige gedroht. Außerdem versuchte er, Photos von ihnen zu machen.

Fast alle Frauen nahmen ein Flugblatt. Zum ersten Mal wurden hier Zettel verteilt; die Neugier war groß. Einige fragten wohl, was das sollte; die Flugblätter würden doch nichts ändern. Aber am nächsten Morgen gab es viele Gespräche über das Flugblatt.

Demonstrationsrecht

Der Staat rüstet auf

Die Bundesregierung will das Demonstrationsrecht radikal verschlechtern. Artikel 8 Absatz 1 des Grundgesetzes, der die Versammlungsfreiheit sichert, soll umgangen werden, koste es, was es wolle. Es werden sogar juristisch höchst akrobatische Anstrengungen unternommen, um das Ziel zu erreichen: nämlich Demonstranten zu kriminalisieren und somit die Bevölkerung von vorneherein einzuschüchtern.

Denn erstens liegt die Beweislast normalerweise beim Staatsanwalt; dies wird aber umgedreht. Die Angeklagten müssen beweisen, daß sie auf Demonstranten eingewirkt habe, um sie von Gewalttätigkeiten abzuhalten. Dabei wird der Begriff „Gewalt“ sehr weit gefaßt; Gewalt kann nämlich bereits das bloße passive Sitzen sein.

Und zweitens soll man bereits dann strafrechtlich belangt werden, wenn man eine polizeiliche Aufforderung zum Auseinandergehen nicht befolgt.

Auch Juristen lehnen sich gegen die Gesetzesänderungen auf. So der Bundesverfassungsrichter a.D., Martin Hirsch, der genauso wie Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts und wie der deutsche Anwaltverein diese Vorstellungen für verfassungswidrig und höchst unpraktikabel halten. Die Gewerkschaften haben sich auch dagegen ausgesprochen. Die Polizisten sehen sich wieder mal vor dem Problem, die Suppe, die andere kochen, auslöffeln zu müssen, denn sie sollen die Rolle des schwarzen Peters für die „Schwarzen“ übernehmen.

Solch schwerwiegende Einschnitte in das Demonstrationsrecht werden nicht nur unmittelbare (Raketenstationierung) sondern auch langfristige Folgen haben. Grundsätzlich rüstet sich der Staat damit (wie auch früher schon mit Notstandsgesetzen, Berufsverboten, sogenannten „Anti-Terror-Gesetzen“, u.ä.) auch und vor allem für die zukünftigen Auseinandersetzungen mit der organisierten Arbeiterbewegung. Einzelne Polizeiaktionen hat es hier schon gegeben: z.B. der Einsatz beim Druckerstreik 1978 oder die polizeiliche Räumung des von der Belegschaft besetzten Enka-Werkes in Kassel im vorigen Jahr.

Bei sich verschärfender Wirtschaftskrise mit weiter ansteigender Massenarbeitslosigkeit, Betriebs-schließungen, sinkendem Lebensstandard wird die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer wachsen. Zusammenstöße mit dem Staatsapparat und seinen Organen sind dann unvermeidlich. Auch die Gewerkschaftsbewegung sollte sich dafür rüsten.

**Maria Clara Roque, Wiesbaden
SPD-Mitglied**

Ein paar Tage später entzündete sich in der Frühstückspause eine heftige Diskussion über das weitere Schicksal der Firma. Wir beschlossen, jetzt den Chef zu holen, damit er uns Rede und Antwort steht. Doch er weigerte sich, mit uns allen zusammen zu sprechen. Stattdessen wollte er einzeln und während der Arbeit mit uns reden. Die meisten waren zunächst unsicher, ob man sich darauf einlassen sollte. Aber als die Betriebsrätin dann einwilligte, stimmten die anderen auch zu.

So verpuffte die ganze Wut, und jeder blieb mit seiner Enttäuschung allein.

Beim nächsten Mal müssen Arbeitnehmer, Betriebsrat und Gewerkschaft zusammenehen und gemeinsam handeln. Wenn der Betrieb nicht mehr zu retten ist, muß die öffentliche Hand ihn übernehmen und die Arbeitsplätze sichern.

**Marianne Rickert, Aachen
Mitglied der Gewerkschaft
Textil und Bekleidung**

VORAN

Industrieregionen verelenden

SOZIALABBBAU

UND ARBEITSLOSIGKEIT

Hamburg ist keine reiche Stadt mehr

Alexandra Grundmann
Susan Powell, Hamburg
Mitglieder des Betriebs-AK
der Jusos Altona

Hamburg, von Reiseveranstaltern „Tor der Welt“ genannt, reichste Stadt der EG und mit seinen 1,6 Millionen Einwohnern zweitgrößte Stadt der BRD, verfügt über den zweitgrößten Hafen Europas. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Hansestadt sind Handel und Werften, die Öl- und Druckindustrie und das Versicherungswesen, wobei der Dienstleistungssektor die Industrie schon verdrängt. Doch es ist falsch, Hamburg noch als reiche Stadt zu sehen, wenn bereits jeder dritte Arbeitsplatz in den Metallbetrieben verschwunden ist und weitere Massenentlassungen geplant sind.

Zusätzlich sind 1983 Entlassungen in weiteren elf Metallbetrieben geplant, wodurch nochmals ca. 2.000 Arbeitnehmer ihre Existenzgrundlage verlieren. Der rasante Anstieg der Kurzarbeit bleibt dabei noch unberücksichtigt.

Der Abbau der Arbeitsplätze macht auch vor dem Dienstleistungsbereich nicht halt: Allein in der Versicherungsbranche wird die Arbeitslosigkeit bis 1990 im Zuge der Rationalisierung um bis zu 50% gestiegen sein. Doch mit den Entlassungen und den Entlassungsvorhaben der Großbetriebe ist es nicht getan. Zusätzlich betroffen sind die Belegschaften der Zulieferungsindustrie; Ausbildungsplätze werden eingespart;

Jeder zehnte Hamburger und bereits 15% der Ausländer sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Damit ist die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres von 7,6% auf 10,1% gestiegen. Ein besonderes Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit. 4.767 Jugendliche befinden sich auf Jobsuche. Viele haben gerade erst ihre Lehre beendet. Auf einen Schlag meldeten sich 565 Auszubildende nach ihrer

Lehre arbeitslos. Somit vervinfachte sich die Zahl der Ausgelerten ohne Anstellung innerhalb von drei Jahren

— Ein ausgebildeter Maschinenschlosser berichtet, wie ihm zu Beginn der Lehre bei M.A.N. große Chancen vorausgesagt wurden. Er konnte lediglich seine Lehre beenden. M.A.N. übernahm keinen Auszubildenden.

ger Hafen, dem wirtschaftlichen Rückgrat der Hansestadt, mangelt es an Aufträgen. Von den Kai-Betrieben über Tally-Firmen und Hafenschiffer bis hin zu den Speditionen im Stadtgebiet ist die Krise zu spüren. Erheblich weniger Schiffe laufen den Hafen an, und somit fehlt es an Ladungen sowie an Ein- und Ausdockungen. Die Situation des Hamburger Hafens als Um-

keine Lehrer eingestellt — allein in den Hamburger Berufsschulen fehlen 250 Lehrer. Krankenhäuser und Bücherhallen werden geschlossen. Die Fahrtkosten sind um 10% erhöht worden. Überall wird Personal eingespart: Für beamtete Ärzte eines Hamburger Krankenhauses sind bis zu 150 Überstunden im Monat keine Seltenheit.

Staatsbesitz, doch generell beherrschen die Stahlkonzerne Thyssen, Krupp und die Großbanken die Werftenbranche.

Dennoch haben die Arbeiter immer wieder Initiative gezeigt und sich noch keineswegs aufgegeben. Beispiele sind die Programme zur alternativen Fertigung (bisher flüchteten die Werften immer in den Kriegsschiffbau als Ausweg aus der Krise) oder das HDW-Manifest, das die Kampfbereitschaft der Belegschaft zum Ausdruck bringt. Denn was von SPD und Gewerkschaften als Mismanagement gedeutet wird, ist in Wirklichkeit Teil der Krise des Kapitals. Die SPD unterstützt richtigerweise die Forderungen der Arbeitskreise für alternative Fertigung und auch die weiteren Forderungen zur Sicherung der Arbeitsplätze auf den Werften. Man kann aber nicht darauf warten und bauen, daß der Staat diese Forderungen verwirklicht. Die Pläne zur alternativen Produktion im Bereich Energieversorgung, Umwelttechnik usw. existieren schon länger. Sie hätten mit staatlichen Geldern längst in die Realität umgesetzt werden und Arbeitsplätze erhalten können. Stattdessen fließen die Steuergelder in die profitablere Rüstungsproduktion.

Es drängt sich die Frage auf, wem die Wirtschaft gehört, wer sie kontrolliert und Entscheidungen trifft. Verstaatlichung allein — wie das Beispiel von HDW zeigt — reicht nicht aus. Um tatsächlich die Forderungen nach sinnvoller Produktion, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, durchsetzen zu können, müssen die Werften und die entlassenden Unternehmen unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden.



Werftarbeiter-Protest gegen Entlassungen in Hamburg

Nicht BP kommt für die Ausbildung von drei weiteren Lehrlingen auf, sondern hundert Angestellte des Unternehmens, die sich zu Spenden bereit fanden. Aussichten auf Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage bestehen nicht:

Doch nicht nur dem Schiffsbau, sondern dem gesamten Hambur-

schlagplatz des Welthandels zeigt ebenfalls, daß die Krise weder Hamburg- noch branchenspezifisch ist, sondern weltweit.

Kürzungen, Sozialabbau

Weil Hamburgs Kassen sich leeren, werden Schulklassen gestrichen und trotz des großen Bedarfs

Das Profitstreben der Unternehmer führte — am Beispiel der Werftindustrie — zu Überproduktion, woraufhin nun bei HDW durch die geplanten Entlassungen von 2.100 Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf deren Existenz die Kapazitäten weiter abgebaut werden sollen. Dies geschieht zugunsten des privaten Sektors: Zwar ist HDW in

Fortsetzung von Seite 1

Rüstungsindustrie verstaatlichen

DGB und SPD müssen Offensive starten

Viele IGM-Verwaltungsstellen aus wichtigen Industriegebieten haben hierzu Anträge vorgelegt, die zeigen, daß Franz Steinkühler mit der Forderung nach Arbeitsniederlegung nicht alleine steht.

Antrag 2 der Verwaltungsstelle (Vst) Neckarsulm fordert dazu auf, „entstehende Arbeitsniederlegungen zu unterstützen“ und „mit allen Mitteln unter Einbeziehung von Kampfmaßnahmen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe zu verhindern.“

Gleichzeitig weist der Neckarsulmer Antrag darauf hin, daß solche Arbeitsniederlegungen... „aus Anlaß der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr bereits durchgeführt wurden und mit dazu beitragen, diesen Plan zu verhindern. Auch während des Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Brandt im Jahre 1972 fanden Protestkundgebungen in den Betrieben statt.“

Antrag 8 (Vst) Hannover fordert, „den Vorstand der IG Metall auf, neben Demonstrationen auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel wie Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen anzuwenden, um die Stationierung zu verhindern.“

„Sollte die Stationierung trotz aller Bemühungen der Friedensbewegung durchgeführt werden, fordert der Vorstand... die Mitglieder auf, die Arbeit niederzulegen...“, heißt es im Antrag 22 der Vst. Duisburg.

Nach Meinung der Verwaltungsstelle Reutlingen (Antrag 35) soll der IG Metall-Vorstand darauf hinwirken, „...daß sich die Mitglieder an praktischen Aktivitäten zur Verhinderung der Aufstellung der US-Mittelstreckenraketen... tatkräftig beteiligen.“

Darüberhinaus fordern zahlreiche Anträge die Umwandlung der Rüstungsproduktion in zivile Produktion. Und Antrag 63 der Verwal-

lungsstelle Bremen nennt eine zentrale Voraussetzung, ohne die eine Umstellung auf zivile Produktion utopisch bleiben muß: „Gemäß der Satzung der IG Metall §2 sollte vordringlich die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie durchgesetzt werden.“

In kleineren Gewerkschaften, wie IG Druck und Papier, HBV und Gewerkschaft Kunst, werden (vorübergehende) Arbeitsniederlegungen am 19. Oktober konkret diskutiert und vorbereitet. Auch in gut organisierten Metallbetrieben wird entsprechend auf den 19. Oktober hingearbeitet.

Doch ein klarer Beschluß des IG-Metall-Gewerkschaftstages im Sinne der o.g. Anträge würde erst richtig den Durchbruch bringen. Viele Arbeiter würden so sehen, daß sie nicht alleine dastehen. Ein gut organisierter Warnstreik gegen Atomraketen könnte vielen Millionen mehr Selbstvertrauen geben und zeigen, daß ohne die

organisierte Arbeitnehmerschaft eben doch nichts läuft „in diesem unserem Lande“.

Gut organisierte und koordinierte Kampfmaßnahmen am 19.10. und auch darüberhinaus könnten gleichzeitig auch eine Generalprobe sein für die zukünftigen schweren Auseinandersetzungen und

Streiks um die 35-Stunden-Woche und um Tarife. Denn allein durch höfliche Diplomatie und fromme Sprüche hat die Arbeiterbewegung noch nie wirklich etwas erreicht — weder Abrüstung, noch Arbeitszeitverkürzung oder einen angemessenen Lebensstandard für alle.

Die Gewerkschaftsbewegung ist die einzige Kraft, die die Raketenstationierung verhindern kann. Der DGB-Vorstand muß handeln!

Hans-Gerd Öfinger, Remscheid
Mitglied des Juso-Vorstands

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto 'VORAN zur sozialistischen Demokratie', Nr. 2500 59-430, PschA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 67 nach Zahlungseingang.
Einsenden an: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name: _____

Anschrift: _____